

Freiheit, Würde, Verantwortung

Von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble

Seit April dieses Jahres erarbeitet die CDU ein neues Grundsatzprogramm, Ende 2007 soll es auf einem Bundesparteitag beschlossen werden. Daß sich die Partei programmatisch erneuern soll, ist in der Union mehr als zehn Jahre nach der Verabschiedung des Hamburger Grundsatzprogramms „Freiheit in Verantwortung“ unstrittig. Doch welche Richtung soll dieser Prozeß nehmen?

Die CDU war Programm, ehe sie sich ein Programm gab.“ Der berühmte Ausspruch von Bruno Heck, dem ersten Generalsekretär der CDU, drückt wie kein anderer das Selbstverständnis der Partei aus. Gegründet als demokratische Antwort auf extreme Ideologien von links und rechts, sah die CDU es als wesentlich an, in Spannung zueinander stehende Werte und Haltungen zu einem gerechten Ausgleich zu bringen. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes entstand so die erste Volkspartei der deutschen Nachkriegsdemokratie.

Über Jahrzehnte prägten Christliche Demokraten unsere zugleich freiheitliche und soziale Gesellschaft. Sie etablierten die „Soziale Marktwirtschaft“, ein Modell wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnung, das - unter großen Anstrengungen - zunächst einen beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau und schließlich sogar die Wiedervereinigung unseres Volkes in Frieden und Freiheit möglich werden ließ.

Mit diesem Modell steht auch unser Land - und mit ihm die Union - vor der größten Herausforderung seit Gründung der Bundesrepublik. Steigendes Wirtschaftswachstum, abnehmende Arbeitslosigkeit und schrumpfende Haushaltsdefizite können nicht darüber hinwegtäuschen: Unsere Gesellschaft geht durch eine Zeit des Umbruchs, die viele Menschen in Sorge erleben. Diese Angst vor der Zukunft wird durch Fehlentwicklungen geschürt, die Erfahrung zu entwerten, Sicherheit zu gefährden und Zukunftshoffnung zu zerstören drohen. Millionen Menschen sehen sich als Verlierer in einem zunehmend gespaltenen und unsolidarischen Gemeinwesen. Lediglich die Hälfte der Bürger ist noch zufrieden mit der parlamentarischen Demokratie.

Ohne Zweifel haben wir es mit Symptomen einer Krise zu tun, die über die Frage ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit weit hinausreicht. Die Zunahme von Fällen sozialer Verwahrlosung, die steigende Angst vor materiellem und gesellschaftlichem Abstieg, die sinkende Bereitschaft, eine Familie zu gründen und zu erhalten, in Form und Inhalt schärfer geführte innergesellschaftliche Konflikte, das Anwachsen antidemokratischer Kräfte - all diese Fehlentwicklungen deuten auf eine

grundlegende Erschütterung dessen hin, was die Bürger, die das Gemeinwesen konstituieren, als Fundament gedeihlichen Zusammenlebens verstehen. Wir erleben eine Erosion der Werte im gesellschaftlichen wie im politischen Miteinander; diese Entwicklung gefährdet nicht mehr und nicht weniger als die Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie.

Bemühungen der Politik, diesen Fehlentwicklungen mit der Reform sozialpolitischer Instrumente beizukommen, sind notwendig, reichen aber nicht aus. Von den Bürgern werden sie oft gar als Selbstbeschäftigung der Politik begriffen, da sie weder Perspektiven für einen Aufschwung von Wirtschaft und Gesellschaft noch für eine Besserung der persönlichen Lebenssituation zu bieten scheinen. Der Pragmatismus der Reformer, die mit Sachzwängen argumentieren, wirkt auf viele eitel und kalt, fern den eigenen Bedürfnissen und Wünschen. Schon die Sprache der Reformpolitik - von „Hartz IV“ über „Ein-Euro-Job“ bis „Kopfpauschale“ - ist vielen Beleg für eine Politik ohne Herz und Verstand. Politiker wiederum stehen dem Phänomen wachsender Distanz bisweilen ideenlos, mutlos, ratlos gegenüber. Jedoch bleiben notwendige Veränderungen aus, wenn Verantwortliche keinen Weg finden, diese so zu gestalten und zu vermitteln, daß sie von den Bürgern als im eigenen und im Interesse künftiger Generationen begriffen werden können.

Tiefere Ursache dieser Schwäche liberaler Reformpolitik ist ein unzureichendes Verständnis dessen, was den Menschen ausmacht. Daß irriige politische Anthropologien zu Fehlern und Verwerfungen führen, ist wahrlich kein neues Phänomen. Papst Johannes Paul II. hat in seiner Sozialenzyklika *Centesimus annus* (1991) anthropologisch begründete Schwächen des Sozialismus wie auch des Kapitalismus herausgearbeitet. Schon im Moment der Zeitenwende von 1989 hatte der polnische Papst erkannt, daß mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ nicht etwa das „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) gekommen sei, sondern vielmehr auch die Freiheit und Wohlstand ermöglichende Wettbewerbsgesellschaft an anthropologischen Fehleinschätzungen krankt. Tatsächlich erwies sich manches Vorhaben ökonomischer Modernisierung als dem Wesen des so emotionalen wie rationalen Menschen nicht angemessen. Hier liegt

die Schwelle zu einer gerechten Politik, ist der Mensch doch als Bürger zum Ausgangs- und Zielpunkt, ja Mittelpunkt politischer Ordnung bestimmt.

Schon die politische Philosophie der Antike sah den Menschen als „zoon logon echon“, als Vernunft- und sprachbegabtes, politisches Wesen. Aus dieser Anthropologie entwickelte Aristoteles die Lehre von den guten und schlechten Verfassungen und verknüpfte mir ihr die Lehre von den bürgerlichen Tugenden. Jene bürgerlichen Tugenden sind die Voraussetzung demokratischer Verfaßtheit, deren folgenreiche Erosion heute zu beklagen ist. Sie zu

bewahren und zu erneuern ist elementar für eine Revitalisierung unserer freiheitlichen und sozialen Demokratie.

Ebendieser Auftrag - die Voraussetzungen einer gerechten Gesellschaft zu schaffen - war wesentlicher Gründungsimpuls der Christlich Demokratischen Union. Heute steht die CDU vor der Herausforderung, dieses Wertefundament zu erneuern und ihre Politik verläßlich an diesem Leitstern zu orientieren. Nur so wird es gelingen, den Menschen - mit allen seinen Stärken und Schwächen - in den Mittelpunkt zu stellen und zu einer im besten Wortsinne bürgerlichen Politik zurückzufinden. Zentral für die Bewältigung dieser Herausforderung ist die Rückbesinnung auf Werte, die der Union Grundlage, Verpflichtung und Aufgabe sind: Freiheit, Menschenwürde und Verantwortung.

Grundlage der deutschen Gesellschaftsordnung wie der Programmatik der CDU ist die Freiheit. Der Ausspruch Konrad Adenauers „Wir wählen die Freiheit!“ hat nichts an Aktualität eingebüßt. Sowenig wir ein „Ende der Geschichte“ erleben, so wenig dürfen wir die Freiheit als ungefährdet oder uneingeschränkt begreifen. In Zeiten wachsenden globalen Wettbewerbs, der Zunahme innergesellschaftlicher Reibungen und auseinanderstrebender Lebensstile ist die Freiheit des Bürgers vielmehr in dreifacher Weise gefährdet.

Erstens führen Verabsolutierungen des Freiheitsanspruchs der einen zur Unfreiheit der anderen. So gefährdet etwa ein bisweilen grenzenloses Vorteilsstreben von Investoren und Konsumenten nicht nur Gewinne und Löhne in jeweils betroffenen Unternehmen. Wo ein Wettbewerb,

der Wohlstand sichert, der Maßlosigkeit weicht, drohen vor allem geringer qualifizierte und schwächere Arbeitnehmer die wirtschaftliche Basis ihrer sozialen Freiheit einzubüßen. Tritt das Phänomen sozialer Unfreiheit in Masse auf, gefährdet es nicht nur die Stabilität sozialer Sicherungssysteme, sondern zugleich die Handlungsfreiheit der solidarischen Demokratie. Der Staat, der sozial handeln will, sieht sich gezwungen, Ressourcen für konsumptive Ausgaben in der Gegenwart statt für Investitionen in die Zukunft aufzuwenden. Ähnlich wirken Bestrebungen politischer Kräfte, den Sozialstaat nicht als Instrument solidarischer Fürsorge für den einzelnen, sondern als Instrument zur Klientelisierung der Masse auszugestalten.

Forderungen nach einem „Recht auf alles“ bereitet auch derjenige den Weg, der gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen als Ausdruck eines überholten Konformismus bekämpft. Diese Forderungen wiederum bestärken Bestrebungen, die Freiheit als solche einzuschränken oder abzuschaffen. Politischer Extremismus, gleich ob rechtsextremistischer, linksextremistischer oder islamistischer Couleur, zielt unter Berufung auf angebliche oder tatsächliche Fehlentwicklungen in der freiheitlichen Gesellschaft auf die Aushöhlung der Freiheit als Grundlage demokratischer Staatsorganisation. Am Ende jeder Form des Extremismus steht die Entrechtung des einzelnen zugunsten der Allmacht vermeintlicher Auserwählter.

Eine dritte Gefährdung besteht in der Versuchung des Staates, auf den Wirkungsverlust herkömmlicher Steuerungsinstrumente mit bürokratischen Auflagen sowie mit Kontroll- und Zugriffsrechten auf Gewinne und Vermögen zu reagieren. Oft scheint der Staat versucht, gefühlter Ohnmacht im Standortwettbewerb mit vermeintlicher Allmacht staatlicher Regulierung und Kontrolle zu begegnen. Solche Reaktionen indes beschleunigen die Abwanderung von Betrieben. Mit den Unternehmen gehen Arbeitsplätze verloren, die den Wohlstand aller sichern. Und selbst dort, wo Entscheidungsträger sich für unser Land und seine Menschen entscheiden, bleiben Freiheit sichernde Kreativität und Wachstumskräfte ungenutzt.

Jeder dieser Gefährdungen der Freiheit muß wehren, wer die Freiheit als Grundlage der freiheitlichen und sozialen Demokratie erhalten will. Inhalt und Dimension dieses Auftrags werden sichtbar, wenn wir uns der Würde des Menschen als Grundwert unseres Gemeinwesens zuwenden. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ihr zu dienen, ihre Achtung im gesellschaftlichen Wettbewerb zu verteidigen, ist die wohl wichtigste Verpflichtung der Politik.

Und doch bringt der Wettbewerb in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft Phänomene hervor, die der Würde des Men-

schen wenig angemessen sind. So sehen sich viele Arbeitnehmer mit Tendenzen konfrontiert, gesetzliche Standards wie auch soziale Konventionen zu unterlaufen. Junge Menschen trifft es dabei ebenso wie alte, Einwanderer ebenso wie Altingesessene. Einmal arbeitslos, werden ältere Arbeitnehmer allzu oft - weil angeblich unflexibel - aus den Reihen der Bewerber aussortiert. Zur selben Zeit stehen Schul- und Hochschulabsolventen unter Druck, sich einen Arbeitsplatz durch verlängerte Probearbeit oder gering bezahlte Praktika zu erkaufen. Schon der Sprung von der Schule in den Lehrberuf fällt vielen jungen Menschen heute schwer.

Die Würde des Menschen gefährdet aber auch eine Gesellschaft, die all jene, die vermeintlich nicht mehr gebraucht werden, hinausalimentiert. Draußen vor der Tür stehen heute vielfach Menschen, die aus verschiedensten Gründen auf dem Arbeitsmarkt nicht zum Zuge kommen. Langzeitarbeitslos sind heute oft auch Spezialisten mit Berufserfahrung. Für Lebenskrisen, die dann eintreten, hält der Sozialstaat nur bedingt Lösungen bereit. Keine Alimentierung kann die Würde eigenen Schaffens, Leistens und Verdienens ersetzen. Überdies ist der Sozialstaat längst in einer Weise überfordert, die eine Grundalimentierung des zum Abhängigen degradierten Bürgers als weltfremd entlarvt.

Schwerer als die Frage der Machbarkeit einer Grundalimentierung wiegt ohnehin die nach den Auswirkungen des deutschen Wohlfahrtsstaates, wie sie heute unter dem Stichwort „Neues Prekariat“ erörtert werden. Prekär ist die Lage der Betroffenen vor allem deshalb, da sich allen Anstrengungen zum Trotz wenig Aussicht auf Besserung zu bieten scheint. So entsteht ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit, das jegliches Streben nach einer besseren Zukunft lähmen kann. Wer keine Aussicht auf ein besseres Leben zu haben glaubt, ist leicht versucht, die Gleichgültigkeit der Welt mit Gleichgültigkeit gegenüber sich selbst und seiner Umwelt zu beantworten. Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen fällt in solchen Lebensumständen besonders schwer.

Die Folgen dieser Entwicklung sind tiefgreifender, als mancher heute wahrhaben will. Erfahrungen verletzter Würde verändern die Art und Weise, wie wir zusammenleben. Hier müssen die Unionsparteien mit der Würde des einzelnen das Leitbild einer gerechten Gesellschaft als Maßstab der Politik erneuern. Fehlentwicklungen muß die CDU entschiedener entgegenreten und sich zugleich vorausschauender für die Erhaltung und Schaffung der Voraussetzungen menschenwürdigen Lebens einsetzen. Weder darf die Partei zulassen, daß Übertreibungen der Freiheit der einen

die Würde der anderen verletzen, noch darf sie in den Anstrengungen nachlassen, die Kräfte der Freiheit jedes einzelnen zu stärken und zur Entfaltung zu bringen. Es ist an den Christlichen Demokraten, der Entmündigung des Menschen in der sozialistischen wie der Überforderung des Menschen in der neoliberalen Weltanschauung ihr Menschenbild entgegenzustellen: das christliche Menschenbild des mit Würde versehenen, verantwortlichen Menschen.

Die Fähigkeit des Bürgers zu verantwortlichem Handeln ist der Schlüssel zur Revitalisierung unserer Demokratie. Ohne verantwortliche Bürger - wer wüßte das besser als wir Deutsche - kann es weder Freiheit und Würde des einzelnen noch ein Selbstentfaltung ermöglichendes Gemeinwesen geben. Wo ein Staat Allzuständigkeit beansprucht, nur sich in der Verantwortung sieht (und den Bürger außerstande, jene wahrzunehmen), dort reduziert er Anreize für verantwortliche Lebensführung, anstatt die Voraussetzungen für eigenverantwortliches Leben zu schaffen.

Es führt kein Weg daran vorbei, daß der einzelne in unserer Gesellschaft mehr Verantwortung übernimmt. Nur ein Staat, der von starken Bürgern getragen wird, erhält auf Dauer die Fähigkeit zu Solidarität. Voraussetzung für ein Erstarren des Bürgers ist Bildung. Jene wiederum setzt den Willen und die Fähigkeit zu lernen voraus. Auf diesem Feld muß Politik für eine verantwortliche Gesellschaft ansetzen, die den Bürger zum Wohle aller stärken will.

Zur Verantwortung zu erziehen bedeutet dabei längst nicht nur eine Umgestaltung des Bildungswesens im Sinne der Vermittlung, Pisa-konformer Kernkompetenzen. Fähigkeit zu Verantwortung erlangt, wer sittliche Werte anzunehmen und abzuwägen lernt. Manches, was der Hedonismus einer sich auflehrenden Generation hinweggespült hat, erweist sich dafür längst als unabdingbar: Rücksicht auf andere, Achtung gegenüber anderen Generationen, Anerkennung von Leistung und Erfolg, Respekt vor Ordnung und Tradition, Ausdauer und Fleiß, Selbstbewußtsein im Sinne von Reflexion, auf Leistung und Kreativität gründendes Durchsetzungsvermögen, Toleranz gegenüber fremden Kulturen und Religionen, Sensibilität im Umgang mit Stärken wie Schwächen der Mitmenschen, Offenheit für neue ebenso wie für alte Ideen.

Eine Gesellschaft, deren Bürgern die in solchen Haltungen wurzelnde Kultur des Maßhaltens verlorengeht, büßt zugleich die Voraussetzungen zivilisierter Pluralität ein. Ebenjene Haltungen nämlich sind es, die den Bürger in die Lage versetzen, Bildung im Sinn des Wortes zu erwerben. Nur Erziehung zu Demokratie, Mäßigung, Solidarität und Zivilität bereitet den Bürger auf seine Verant-

wortung vor - und erhält so die Bedingungen, ohne die kein Staat auf die Verantwortlichkeit seiner Bürger bauen kann. Eine Demokratie ohne Bürger dagegen muß zusammenbrechen unter der Last staatlicher Fürsorge und der Schwäche der sie tragenden Werte und Kräfte.

Damit ist nicht einer rückwärtsgegangenen Restauration das Wort geredet. Es ist nicht Aufgabe des Staates, seine Bürger zu stromlinienförmigen Konformisten zu erziehen. Das christliche Menschenbild sieht den Menschen als freies Wesen, das Entscheidungen trifft. Aufgabe des demokratischen Staates ist es, die Spielregeln zivilisierten Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft festzulegen und durchzusetzen. Auch eine „wehrhafte Demokratie“ stößt dabei an Grenzen, wenn sie sich allzu sehr auf Sanktionen verläßt. Eine Gesellschaft, in der nichts mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann und alles geregelt werden muß, droht an sich selbst zu ersticken. Diese Erkenntnis hat die CDU lange Zeit skeptisch auf im Ergebnis oft illiberale und unsolidarische Veränderungen der politischen Kultur Deutschlands blicken lassen. Heute, angesichts zunehmender gesellschaftlicher Vielfalt und wachsender Sehnsucht nach ordnungstiftenden Werten, ist dieser Erkenntnis aktueller denn je. Es ist Aufgabe der CDU, den Bürger durch Bildung in seiner Fähigkeit zu Verant-

wortung zu stärken. Den Familien kommt dabei neben den Schulen besondere Bedeutung zu. Nur ein Gemeinwesen, das den Bürger bereits in der kleinsten Einheit seiner Selbstorganisation stärkt, kann subsidiär, solidarisch, gerecht handeln.

Heute ist die CDU, die über Jahrzehnte und vielen Anfechtungen zum Trotz an scheinbar überkommenen Werten wie dem Schutz von Ehe und Familie festgehalten hat, gefordert, die Voraussetzungen einer gerechten Gesellschaft zu erhalten und zu erneuern. Über zahllose Politikfelder hinweg können die Werte der Freiheit, der Würde und der Verantwortung dabei Orientierung geben. Weder die Regeln des Marktes medialer Aufmerksamkeit noch die Einbindung in eine „große Koalition“ dürfen deshalb Ausrede für eine Politik des „Weiter so“ sein. Im Konflikt wie in der Kooperation mit Sozialdemokraten muß deutlich werden, worin sich das Menschenbild und damit die Politik der Union unterscheidet. Als Volkspartei der Mitte steht die CDU in der Pflicht, Deutschland pragmatisch durch die gegenwärtige Krise zu führen - und zugleich eine an Werten orientierte Vorstellung für eine gerechte Gesellschaft zu entwickeln.

Mit der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm hat sich die CDU auf den Weg gemacht. Es ist kein Zufall,

daß die Partei in Dresden - entgegen mancher Schwierigkeit - ein gutes Stück vorangekommen. So wie uns Leipzig, die Stadt der Montagsdemonstrationen, zum Ort des Aufbruchs wurde, so sollte Dresden als Ort der ehrlichen und notwendigen Auseinandersetzung über einen gerechten Ausgleich begriffen werden. Gemeinsam ist beiden geschichtsträchtigen Metropolen Sachsens das mutige Eintreten ihrer Bürger für die friedliche Revolution von 1989, für ein freiheitliches Gemeinwesen, in dem jeder Bürger Träger unveräußerlicher Würde und Verantwortung ist. In Leipzig wie in Dresden ist seither sichtbar geworden, welche Werte und Haltungen unser Land allen Beschwerden zum Trotz so einzigartig und lebenswert machen.

Diese großen Anstrengungen vieler Menschen in unserem Land für Frieden, Freiheit und Einheit verlangen von jedem, sich der Verantwortung für Geschichte, Gegenwart und Zukunft zu stellen und begründen stets aufs neue unsere Verantwortung für unsere Demokratie, für ihre Bürger - und vor Gott.

Der Verfasser war von 1998 bis 2000 Bundesvorsitzender der CDU.